

Stimme der Sans-Papiers

Basel, Oktober 2019 / Ausgabe Nr. 48

Die Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers und der Union der ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt



Eine in Bosnien und Herzegowina gestrandete Familie aus dem Irak: «Bereits 28 Mal haben wir versucht, nach Kroatien zu gelangen.»

Bild: Marieke Braun

EU-AUSSENGRENZEN

Endstation Bosnien und Herzegowina

Tausende Migrant*innen stecken nach wie vor in Bosnien und Herzegowina fest. Die kroatische Polizei verhindert Grenzüberquerungen mit beispielloser Gewalt. Ein Bericht.

Im März 2019 reiste eine Delegation des Europäischen Bürger*innenforums (EBF), darunter ein Vorstandsmitglied der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel, an die bosnisch-kroatische Grenze.

Migration ins Stocken geraten

Seit der Schliessung des «humanitären Korridors» auf der so genannten Balkanroute von Serbien, Ungarn, Kroatien, Slowenien und Österreich im Frühling 2016 ist die Migration nicht abgebrochen; sie ist ins Stocken geraten und hat sich nach Bosnien und Herzegowina verlagert. Von hier aus versuchen Menschen über Kroatien, Slowenien und Italien weiterzureisen und in westeuropäischen Ländern ein Asylgesuch zu stellen.

Geschätzte 23'000 Migrant*innen durchquerten 2018 von Montenegro und Serbien aus Bosnien und Herzegowina.

Oftmals über Sarajevo oder Tuzla kommend, erreichen sie die Städte Bihać und Velika Kladuša im Nordwesten von Bosnien und Herzegowina. Um die 5000 Flüchtlinge stecken gegenwärtig in Bihać und der Region fest, 10'000 sollen seit Jahresbeginn 2019 durch die Stadt gereist sein.

Aus der Stadt vertrieben

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) führt seit Mitte 2018 eine Reihe von Camps in der Region und hat einen Teil der Grundversorgungsaufgaben übernommen. Hierfür erhält sie von der EU Millionenbeträge. Ihre Camps bieten jedoch nur unzureichende Versorgung und zu wenig Platz für alle, weshalb viele Hilfesuchende, auch Familien mit Kleinkindern, abgewiesen werden. Seit Mitte Juni 2019 werden Flüchtlinge aus

der Stadt Bihać auf die notdürftig zugeschüttete ehemalige Mülldeponie Vučjak gebracht, weil der Druck der Bevölkerung zugenommen hatte angesichts der vielen Migrant*innen in der Stadt. Täglich werden 50 bis 100 Migrant*innen von der bosnischen Polizei zu Fuss aus der Stadt bis ins 10km entfernte Camp gebracht.

Camp auf einer ehemaligen Mülldeponie

Die Zustände im Camp auf dem freien Feld Vučjak sind verheerend. Es gibt kein fließendes Wasser, ein einziger Generator liefert Strom. Aus der ehemaligen Deponie steigen giftige Gase auf und das Lager ist umgeben von Minenfeldern. Krätze breitet sich aus, weil es nur zwei Dusch- und zwei WC-Container für 700 Menschen gibt. Trink- und Waschwasser wird in Tanks herbeigeschafft, auch Essen wird angeliefert. Die medizinische Versorgung

ist unzureichend, trotz allem Bemühen des örtlichen Roten Kreuzes und freiwilliger Helfer*innen. Andere internationale Organisationen weigern sich, im Camp zu arbeiten, weil die Bedingungen so miserabel sind. Die Behörden in Bihać wollen eigentlich nicht, dass sich die Müllhalde als Unterkunft verstetigt, sie fühlen sich aber von der bosnischen Zentralregierung in Sarajevo im Stich gelassen.

Elend seit 18 Monaten

Dabei ist all das nicht neu. Die Situation in Vučjak ähnelt sehr der Lage vor einem Jahr, als Menschen ohne jegliche Infrastruktur auf dem offenen Feld Trnovi in der Nähe der Stadt Velika Kladuša hausen mussten. Inzwischen hat die Bauelemente-Firma Miral ein Gebäude zur Verfügung gestellt und das IOM betreibt darin ein Camp für 780 Migrant*innen. Doch noch immer leben Hunderte ausserhalb des Miral-Lagers in leerstehenden Häusern oder auf verwahrlostem Gelände, entweder weil sie nicht im Camp aufgenommen werden oder weil sie sich nicht dort aufhalten wollen.

Seit eineinhalb Jahren schaffen es weder der Gesamtstaat noch die beiden Entitäten der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska oder der Kanton Una Sana, die flüchtenden Menschen adäquat zu versorgen und ihnen Zugang zu Schutz zu gewähren. Manche Migrant*innen sind bereits seit 18 Monaten im Land, viele insgesamt bereits seit Jahren auf der Flucht.

Hin und hergeschobene Zuständigkeiten

Der Staat Bosnien und Herzegowina gilt nachkriegsbedingt immer noch als dysfunktional und seit den Wahlen vom Oktober 2018 hat sich aufgrund von politischer Uneinigkeit noch keine neue gesamtstaatliche Regierung konstituiert. Auch in der Föderation Bosnien und Herzegowina ist seitdem noch keine Regierungsbildung zustande gekommen.

Laut den Wissenschaftlerinnen Gorana Mlinarević und Nidžara Ahmetašević stösse das Land bei einer noch so kleinen humanitären «Krise» schnell an seine Grenzen. Dafür sei auch die internationale Gemeinschaft mitverantwortlich, die nach wie vor politischen Einfluss in Bosnien und Herzegowina ausübe.

Wie wir bei unserem Besuch vor Ort selbst beobachtet haben, werden Zuständigkeiten zwischen lokalen, kantonalen und bundesstaatlichen Behörden und in-

ternationalen Organisationen hin und her geschoben. Es ist ein orchestriertes Chaos in einem kaum regierungsfähigen Land, gepaart mit Verantwortungslosigkeit gegenüber den Flüchtenden.

Unterstützung von Freiwilligen

Obwohl Politiker*innen der Region bereits 2018 begonnen haben, Stimmung gegen die Migrant*innen zu machen, solidarisieren sich nach wie vor viele Menschen mit ihnen. Heimlich nehmen Anwohner*innen Geflüchtete temporär bei sich zu Hause auf, versorgen sie mit Essen, lassen sie Telefone aufladen, Kleider waschen und duschen. Auch zwei Freiwilligen-NGOs (SOS Team Kladuša und No Name Kitchen) haben sich vor Ort etabliert, um die mangelhaften Einrichtungen der IOM zu ergänzen. Sie kümmern sich so gut es geht um die Versorgung derjenigen Menschen, die nicht im Lager Miral untergebracht sind. Wenn



Eingang des Camps Miral in Velika Kladuša.

Bild: Marieke Braun

es abends dunkel wird, verteilen sie an wechselnden Orten Essen, Kleidung und andere benötigte Dinge.

Die Kriminalisierung der Freiwilligen hat dazu geführt, dass die Freiwilligen-gruppen zeitweise ihre Unterstützung stark reduzieren mussten und nicht mehr offen anbieten können. Neuerdings müssen sie ein kompliziertes Anmeldeverfahren durchlaufen, bevor sie als Volunteers tätig werden dürfen. Aber hier lässt sich niemand unterkriegen.

Push-Backs an der kroatischen Grenze

Eine dauerhafte Lösung sind die Lager in

Bihać oder Velika Kladuša für die Menschen sowieso nicht – die grosse Mehrheit will nicht in Bosnien und Herzegowina bleiben.

In der Nacht verlassen die Flüchtenden die Camps in Richtung der nahegelegenen kroatischen Grenze.

Aber Kroatien weist die Menschen gewaltsam zurück, die versuchen über die Grenze zu kommen, ohne dass sie dort um Asyl ersuchen können. Das stellt eine Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention sowie des Schengener Grenzkodexes dar.

Gewaltsame Push-Backs der Flüchtenden auf kroatischem Territorium reichen bis ins Landesinnere hinein. Die kroatische Polizei werde dabei – gemäss Auskunft der Zagreber NGO Centar za mirovne studije (Zentrum für Friedensstudien, CMS) – seit Anfang 2019 von Frontex-Einheiten unterstützt. Die kroatisch-bosnische Grenze ist so zu einer ausserordentlich streng kontrollierten Zone

geworden, in der Kroatien beweisen will, dass es würdig ist, in den Schengen-Raum aufgenommen zu werden.

Wir haben eine irakische Familie mit zwei kleinen Kindern getroffen, die erzählt, dass sie bereits 28 Mal versucht hat, über die grüne Grenze nach Kroatien zu gelangen. Aufgeben ist keine Option, aber die Strapazen, Angst und Gewalt sind zermürend.

Gewalt ohne Tabus

Rund 580 Fälle von Gewalt gegen Flüchtende hat die Plattform borderviolence.eu in den letzten Monaten und Jahren do-

kumentiert und publiziert. Gewaltexzesse richten sich im kroatisch-bosnischen Grenzraum gegen Männer, Frauen und Kinder und nahmen über den Sommer 2019 deutlich zu. Neu werden Fälle dokumentiert, wo Menschen mit Brenneisen gequält werden. Ein minderjähriger Afghane wurde im August mit Elektroschocks von der kroatischen Polizei gefoltert. Während viele Fälle von exzessiver Gewalt mit Schlagstöcken etc. dokumentiert sind, hat sich die kroatische Polizei auch weniger sichtbare Foltermethoden ausgedacht, um die Migrant*innen zu quälen. Sie verbrennen im Winter ihre Schlafsäcke, entwenden ihre Schuhe und schicken sie barfuss – auch Kinder – teilweise kilometerweit und durch eiskalte Flüsse zurück nach Bosnien und Herzegowina. Gefassten Migrant*innen wird befohlen, sich nackt auszuziehen und vor dem kroatischen Polizeiauto nach Bosnien zurückzugehen. Ein junger Mann, der im vergangenen Winter gezwungen wurde, barfuss durch den eiskalten Schnee zu laufen, verlor im Laufe des Jahres immer mehr abgestorbene Zehen und ist schliesslich an seinen schweren Verletzungen gestorben.

Die Gewaltexzesse sind bekannt

Das Zentrum für Friedensstudien in Zagreb, das viele dieser Übergriffe dokumentiert hat und Betroffene begleitet, bezeichnet diese Fälle von exzessiver, menschenverachtender Gewalt als Folter.

Die systematische Gewalt der kroatischen Grenzbeamten wurde bereits Ende 2018 in den Medien und Anfang 2019 erneut in zwei ausführlichen Berichten der Heinrich-Boll-Stiftung und von Amnesty International publik gemacht. Border Violence Monitoring veröffentlichte im vergangenen Winter zudem Videomaterial von den kroatischen Push-Backs und auch Nicole Vögele konnte für das SRF im Frühsommer filmen, wie Migrant*innen ohne jegliche Möglichkeit, ihr Asylgesuch zu formulieren, gruppenweise aus Kroatien abgeschoben wurden. Die kürzlich aufgeschaltete Push-Back Map (www.pushbackmap.org) verdeutlicht visuell, wie viele der (bekannten) illegalen Abschiebungen sich gegenwärtig in Kroatien ereignen.

Und die Schweiz?

Die Hauptverantwortung für diese illegalen Push-Backs liegt bei der EU. Kroatien ist gewissermassen ihr Wachhund.

Die Schweiz ist mitverantwortlich für die Menschenrechtsverletzungen, weil sie das Grenzregime der EU als Mitglied von Frontex unterstützt.

Bisher ignoriert die offizielle Schweiz die Probleme der Flüchtenden und der lokalen Bevölkerung an der bosnisch-kroatischen Grenze.

Mittlerweile hat sich jedoch Druck formiert. Die Schweiz darf sich nicht



Freiwillige betreiben zweimal wöchentlich einen Freeshop mit Kleidung.

Bild: Marieke Braun

hinter dem Fehlen einer europäischen Lösung verstecken, wie es die Schweizerische Flüchtlingshilfe formuliert. Die Verantwortungslosigkeit der EU ist kein Argument dafür, dass auch die Schweiz eine Position des Ignorierens und der Untätigkeit einnehmen darf.

Das EBF hat Forderungen an die Schweizer Regierung formuliert, die auch ein Aufnahmeprogramm der in Bosnien und Herzegowina gestrandeten Menschen beinhaltet. Die Schweiz ist mitverantwortlich für den Schutz dieser Menschen und soll Bosnien und Herzegowina entlasten.

Die SP-Politikerin Samira Marti richtete ausgehend von den erwähnten SRF-Recherchen eine Interpellation an den Bundesrat und fragte nach Rolle der Schweiz im Zusammenhang mit den illegalen Push-Backs. Die Antwort von Karin Keller Suter darauf war sehr ernüchternd: Kroatien halte sich an internationale Verträge und Abmachungen. Auch Fragen der Nationalrätinnen Samira Marti und Mat-

tea Meyer während der Parlamentssession im September 2019 wurden von der Departmentsvorsteherin unbefriedigend beantwortet.

Politischer Druck nötig

Wie lange wollen wir noch der Folter, den Erniedrigungen und illegalen Push-Backs gegen Menschen zuschauen, die in Europa Schutz und Frieden suchen? Es gilt, auch

hier in der Schweiz den politischen Druck aufrechtzuerhalten und zu verstärken.

Immerhin, es gibt auch Lichtblicke: Das Bundesverwaltungsgericht hat kürzlich in zwei Urteilen das Staatssekretariat

für Migration (SEM) ermahnt, die offenkundig dramatische Situation für Flüchtende in Kroatien besser zu erheben und hat einen Ausschaffungsstopp in diesen beiden Fällen verfügt. Sehr wichtig sind auch die juristischen Anklagen der kroatischen Ombudsfrau und der Zagreber NGO Center for Peace Studies (CMS) gegen die kroatische Polizei sowie zwei schriftliche Zeugenaussagen von kroatischen Polizist*innen, die nicht länger mit der von oben befohlenen Gewalt gegen die Migrant*innen leben können.

Jana Häberlein

Co-Präsidentin des Vorstands der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel

Jana wurde von der Anlaufstelle für Sans-Papiers für die Delegationsreise nach Bosnien und Herzegowina im März 2019 mandatiert.

Racial Profiling als alltäglicher Ausnahmezustand

Die Polizei holen – mit dieser positiv besetzten Option bin ich aufgewachsen: Herrscht irgendwo Chaos, Unsicherheit, Unruhe – 117 wählen. Sie sind rasch zur Stelle und lösen das Problem, sorgen für Ruhe und Ordnung. Mein Bild von der Polizei als Freund und Helfer bröckelt nach ersten Demonstrationserfahrungen in der globalisierungskritischen Bewegung Anfang der 2000er Jahre, wo ich brutale Polizeigewalt miterlebe. Doch erst durch Freundschaften mit Menschen an der Autonomen Schule in Zürich und aufgrund meines politischen Engagements in der Bleiberecht-Bewegung erfahre ich, dass gewaltvolle Polizeikontakte für viele Menschen of Color zum alltäglichen Leben gehören. Sie erleben die Polizei nicht als schützend, sondern bestenfalls als lästig, schlimmstenfalls als existenzielle Gefahr – zum Beispiel Sans-Papiers, für die ein Kontakt mit der Polizei eine Inhaftierung und gar die Ausschaffung aus der Schweiz bedeuten kann.

Ich beobachte, wie Freund*innen beim gemeinsamen Spaziergang durch die Stadt ständig zusammenzucken, wenn ein Polizeiauto auftaucht oder auch schon nur in der Ferne eine Sirene ertönt. Für wie viele meiner Mitbürger*innen das Recht, sich sicher im öffentlichen Raum bewegen zu können, eingeschränkt ist, erahne ich aber erst nach den zahlreichen Gesprächen, die wir als «Kollaborative Forschungsgruppe Racial Profiling» im Rahmen unserer aktivistischen Forschung in den letzten drei Jahren führten. Menschen berichteten uns von dem alltäglichen Ausnahmezustand, in dem sie leben: überall und jederzeit aus dem Nichts in eine Polizeikontrolle geraten zu können. Peinlichste Befragungen über sich ergehen lassen zu müssen. Wie ein*e Schwerverbrecher*in behandelt zu werden. Und das mitten in der Öffentlichkeit. Neben der pauschalen Verdächtigung, Drogen zu konsumieren oder mit diesen zu handeln, ist die häufigste Form der Kriminalisierung jene, dass Nicht-Weisse als aussereuropäisch gesehen und damit verdächtigt werden, ein «Delikt gegen das Ausländergesetz» zu begehen, also ohne legalen Aufenthaltsstatus zu sein. Damit tragen People of Colour die Aussengrenze Europas gewissermassen auf ihren Körpern.

Inzwischen laufe ich mit einem anderen Blick durch die Bahnhofshalle und entlang des Kleinbasler Rheinufer. Und ich nehme die Präsenz der Grenzpolizei im Zug mit erhöhter Aufmerksamkeit wahr. Oft sind in diesen Momenten einzelne Episoden wieder präsent, die ich zwar nur aus den Schilderungen in den Gesprächen kenne und nicht am eigenen Leib erfahren habe, die mich gleichwohl betroffen und wütend machen. Meine Versuche, mich im Fall einer beobachteten Kontrolle einzumischen, glücken nicht immer. Manchmal reicht ein Blick, um der kontrollierten Person zumindest eine Art Komplizenschaft und ein kleines Zeichen der Solidarität zu signalisieren. Oft ist es komplizierter – und zurück bleibt die Ohnmacht, als Individuum in der konkreten rassistischen Situation nicht mehr tun zu können.

Bleibt der Versuch, mit und in den Widersprüchen Politik zu machen und sich kollektiv gegen Rassismus zu wehren. Seit rund drei Jahren wird in der Schweiz verstärkt gegen diese häufig unsichtbare Form des institutionellen Rassismus angekämpft. Rund um den Gerichtsprozess von Mohamed Wa Baile, der sich auf seinem Ar-

beitsweg am Zürcher Bahnhof einer Kontrolle verweigerte, ist eine breite Solidaritätsbewegung entstanden, die durch unterschiedliche Formen des Aktivismus Widerstand gegen diskriminierende Polizeikontrollen übt. Diese Bewegung hat neue politische Räume eröffnet, in denen Menschen ihre alltäglichen Erfahrungen mit Rassismus durch die Polizei mittels ihrer Erzählungen öffentlich machen können.

Von behördlicher und politischer Seite werden Erfahrungen von People of Color aber weiterhin wenig ernst genommen. Kürzlich hat der Basler Polizeikommandant Martin Roth im Schweizer Radio kommuniziert, dass es in seinem Korps kein Racial Profiling gäbe – noch nie sei eine Personenkontrolle in Basel von einem Gericht als diskriminierend beurteilt worden. Der Basler Regierungsrat schreibt Ende August 2019 in einer Medienmitteilung, das Problem bestehe darin, dass von betroffenen Personengruppen Kontrollen

Nicht-Weisse tragen die Aussengrenze Europas gewissermassen auf ihren Körpern.

«subjektiv als diskriminierend wahrgenommen werden, auch wenn objektive Gründe für deren Durchführung» bestehen. Um das «gegenseitige Verständnis zu verbessern» und um «Missverständnissen vorzubeugen», will er den Austausch mit betroffenen Personengruppen fördern. Statt sich systematisch mit institutionellem Rassismus auseinanderzusetzen, werden zur «Problemlösung» erneut diejenigen adressiert, die tagtäglich zu Fremden in ihrer eigenen Stadt gemacht werden.

Diskriminierende Polizeikontrollen sind inzwischen zu einem öffentlichen Thema geworden. Es bleibt jedoch viel zu tun. Racial Profiling zeigt in besonderer Weise, dass sich die Erfüllung des universalen Anspruchs auf gleiche Sicherheit und Freiheit im öffentlichen Raum nicht an den Rechtsstaat und seine Organe delegieren lässt, sondern unablässig erkämpft werden muss.

Sarah Schilliger

Dr. Sarah Schilliger ist Soziologin und Lehrbeauftragte an der Universität Basel sowie im Masterstudiengang Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession in Berlin. In den letzten Jahren hat sie mit einem Team aktivistischer Wissenschaftler*innen zu Racial Profiling in der Schweiz geforscht und war für einige Monate in Toronto/Kanada, um Sanctuary City-Politiken zu untersuchen. Sarah ist aktiv in der Bewegung «Wir alle sind Bern» und in der «Allianz gegen Racial Profiling».

Neue Publikationen zu Racial Profiling in der Schweiz

Mohamed Wa Baile / Serena O. Dankwa / Tarek Naguib / Patricia Purtschert / Sarah Schilliger (Hg.) (2019): Racial Profiling – Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand, Transcript-Verlag. Der Band versammelt wissenschaftliche, künstlerische und aktivistische Beiträge zum Thema. Frei verfügbar unter: www.transcript-verlag.de

Kollaborative Forschungsgruppe Racial Profiling (2019): Racial Profiling. Erfahrung – Wirkung – Widerstand. Herausgegeben von der Rosa Luxemburg Stiftung. Basierend auf Interviews mit direkt Betroffenen zeigt die Untersuchung auf, wie wissenschaftliche Analyse und politischer Aktivismus zusammenzuführen sind. Frei verfügbar unter: www.rosalux.de

Ein gemeinsames Wochenende am Bielersee

Auch diesen Sommer sind wir Sans-Papiers-Kollektive für zwei Tage aus Basel weggefahren. Wir waren über 60 Personen und hatten ein volles Programm, mit dem Schwerpunktthema «Polizeikontrollen».

Ende Sommer haben wir Sans-Papiers-Kollektive aus Basel ein gemeinsames Wochenende organisiert, um zu diskutieren und eine gute Zeit miteinander zu verbringen. Dieses Jahr haben wir uns vorgenommen, uns mehr über das Thema Polizeikontrollen zu informieren und mögliche Projekte und Kampagnen zu diskutieren.

Über dem Bielersee

Wir waren in einem schönen Haus mit vielen Schlaf- und Badezimmern, einem grossen Esszimmer und einem Spielplatz für Kinder. Von überall hatten wir eine unglaubliche Aussicht auf den Bielersee. Eine Gruppe von Unterstützerinnen ist mitgekommen und hat für uns leckeres Essen gekocht und ein Kinderprogramm organisiert. Wir hatten ein volles Programm, aber konnten letztendlich alles machen, was wir uns vorgenommen hatten. Wir waren insgesamt über 60 Personen und alle waren sehr zufrieden.

Gestärkte Einheit

Das Wochenende war ein weiterer Meilenstein für uns, die wir aus so vielen verschiedenen Regionen und Kulturen kommen. Wir hatten viel Zeit zusammen, zum Diskutieren und um uns besser kennen zu lernen. Durch die anregenden Gespräche konnten wir viele Ideen entwickeln und unsere Einheit stärken. Unter anderem haben wir unser Wissen über Basel ausgetauscht und gemeinsam Karten mit Orten erstellt, die für uns Sans-Papiers gefährlich sind.

Gründung von Arbeitsgruppen

In einer Vollversammlung zwei Wochen später in Basel haben wir uns aufgrund der Diskussionen aus dem Wochenende entschieden, drei Arbeitsgruppen zu gründen, die sich weiter mit den gesammelten Ideen beschäftigen und konkrete Projekte und Kampagnen umsetzen.

Die erste Arbeitsgruppe wird sich weiter mit dem Thema Regularisierung beschäftigen. Eine zweite Arbeitsgruppe mit dem Namen «Polizeikontrollen: Sans-Papiers» widmet sich der internen Wissensvermittlung über Polizeikontrollen



«Wir hatten viel Zeit zum Diskutieren und uns besser kennen zu lernen.»



Bilder: Anlaufstelle

len und der psychologischen Verarbeitung von erlebten Kontrollen. Die dritte Gruppe «Polizeikontrollen: Politik und Öffentlichkeit» strebt eine öffentliche Kampagne zum Thema an.

Mit aller Kraft

So haben wir neben den in Sprachen aufgeteilten Kollektiven nun auch gemischte Arbeitsgruppen, die sich längerfristig mit diesen Themen beschäftigen und konkrete Schritte umsetzen wollen.

Wir wissen, dass unser Weg lang und anstrengend ist, aber wir werden nicht wegen rassistischen und fremdenfeindlichen Gesetzen und Praktiken aufgeben. Wir werden weiterhin mit aller Kraft für gleiche Rechte für alle und für eine Regularisierung von allen Sans-Papiers kämpfen.

**Koordinationsgruppe
der Sans-Papiers-Kollektive Basel**

«Welche Entspannung, keine Angst mehr zu haben!»

Wie geht es weiter nach der Regularisierung? Zwölf ehemalige Sans-Papiers stellen in einer Befragung fest: Das Leben bleibt auch mit Aufenthaltsbewilligung ökonomisch und sozial schwierig.

Eine Arbeitsgruppe der Interprofessionellen Gewerkschaft IGA hat Interviews mit zwölf ehemaligen Sans-Papiers aus Togo, aus dem Kongo, aus Ex-Jugoslawien, aus Kamerun, Peru, Bolivien und Brasilien geführt. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Schwierigkeiten bei der Regularisierung zu identifizieren und frisch Regularisierten Hilfestellungen zu geben. Konkret hat die Arbeitsgruppe nun einen Ordner zusammengestellt, der verschiedene Themen wie Arbeit, Budget, Steuern, Aus- und Weiterbildung etc. behandelt.

Die Bürokratie

Schon einmal in einem fremden Land mit nur behelfsmässiger Sprachkompetenz in Verhandlungen mit den Behörden verwickelt worden? Da macht man Erfahrungen, die entfernt das abbilden, womit ehemalige Sans-Papiers konfrontiert sind, wenn endlich nach Jahren bis Jahrzehnten ihr Aufenthalt reguliert wird.

Als Sans-Papiers hatten die Regularisierten kaum Kontakt mit der staatlichen Bürokratie und daher wenig Erfahrung mit den individualisierten, «ganz auf den persönlichen, zu dokumentierenden Leistungen» beruhenden amtlichen Pflichten und Rechten. So sind fast alle froh, dass sie quellenbesteuert werden, obwohl sie dadurch Gefahr laufen, mehr zu zahlen als mit ihren kleinen Löhnen nötig wäre. «Es ist für uns neu, zu denken, dass der Lohn nicht einfach gebraucht werden kann, sondern noch Steuern etc. zu zahlen sind...», «Besser, man muss sich nicht kümmern, etwas zurückzulegen...», «Rechnungen bezahle ich immer sofort. Wenn ich einen Franken habe, will ich ihn leichten Herzens ausgeben können», so verschiedene Interviewte, die seit zwei Jahren legal in Basel leben.

Wer möchte Patin oder Pate werden?

Eine oder einen Sans-Papiers begleiten? Bei der Regularisierung und auch darüber hinaus unterstützend wirken? Fragen beantworten, Hilfeleistungen geben, eine Beziehung aufbauen? Bei der Regularisierung unterstützend wirken?

Wenn Sie sich für eine Begleitung interessieren und sich ein länger dauerndes Engagement vorstellen können, dann melden Sie sich bei der Anlaufstelle für Sans Papiers.

Etwas einfacher in dieser Hinsicht haben es Sans-Papiers, die geheiratet haben und vom Partner oder von der Partnerin Unterstützung bei den bürokratischen Fragen erhalten.

Die Ökonomie

In der kleinen Gruppe unserer Befragten bringen vier Fünftel eine Berufsausbildung mit. Bei den Männern mit technischen Berufen nutzten dies Arbeitgebende gerne, um sie als «Hilfsarbeiter» im entsprechenden Fachgebiet einzusetzen. Die so Degradierten arbeiteten dann häufig völlig selbständig, einfach zu einem niedrigeren Lohn. Dazu der heute 45-jährige Informatik-Ingenieur Michel*: «Ich half jemandem in einer IT-Reparaturwerkstatt – dann bot er an, mich normal einzustellen. Er wusste nicht, dass ich Sans-Papiers war. Ich bin dann einfach gegangen, weil ich nicht wusste, wie er reagieren würde.»

Für Fachmänner verbessert die Regularisierung die Ausgangslage klar: «Arbeiten, die sehr hart und schlecht bezahlt waren, habe ich aufgegeben. Das hätte ich früher nicht gekonnt. Heute kann ich meinen Preis verlangen.» Oder: «Nicht nur zahlen die Arbeitgeber heute die Sozialabgaben, mein Stundenlohn ist auch von 25 auf 30 Franken gestiegen. Dabei hat mir die Legalisierung geholfen.» sagt Alfonso*, Maschineningenieur.

Die Frauen mit häufig eher sozialen und damit sprachlich ausgerichteten Berufen haben kaum Chancen, mit ihren geringen Deutschkenntnissen in die Nähe ihrer einstigen Berufsfelder zu gelangen. Krankenpflegerinnen, Lehrerinnen, eine Architektin – sie alle finanzieren ihr Leben ausschliesslich mit Putzen. Die Tiefstlöhne und die anstrengende Arbeit erlauben es trotz Regularisierung nicht, Deutsch- und Berufskurse zu besuchen. «Die finanzielle Last zwingt mich, soviel zu arbeiten, dass ich

keine Zeit für Kurse habe», sagt die ehemalige Lehrerin Isabella*.

Die soziale Sicherheit

Die meisten ehemaligen Sans-Papiers arbeiteten ohne jede soziale Absicherung (AHV, Unfall etc.) Eine eigentliche Mutprobe bestanden sie, indem sie nach der Regularisierung ihre bisherigen Arbeitgeber angingen, um in die Alters- und Arbeitslosigkeitsversicherungen sowie in die Unfallversicherung aufgenommen zu werden. Meist stiessen sie mit diesem Begehren bei ihren Arbeitgeberinnen selbst bei kleinen Pensen auf Verständnis, ja manchmal gar auf etwas Beschämung, dass zuvor daran gar nicht gedacht worden war.

Die meisten erhalten ihren Nettolohn in gleicher Höhe weiter und die Arbeitgebenden bezahlen die Sozialversicherungen allein. Das sind Verbesserungen auch für die Frauen, die weiter nur mit Putzen Arbeit finden.

Es gab allerdings vereinzelt auch hässliche Weigerungen und Entlassungen. Pilar* sagt: «In privaten Haushalten zu arbeiten, ist eine schwierige Sache. Es gibt kein Gesetz, das die Privatleute verpflichtet, die AHV zu bezahlen.» Hier irrt sie. Aber: Die gesetzliche Vorlage gibt es zwar, nur werden Arbeitsverträge von Privathaushalten in Basel nicht kontrolliert.

Das Alter

Nur wenige mögen sich über ihre Aussichten auf einen Ruhestand äussern. Dieser schwebt wie eine dräuende Wolke über den älteren Regularisierten: Sie haben kaum AHV einbezahlt und nach derzeitiger Handhabung erhalten sie keine Ergänzungsleistungen – obwohl sie legalisiert wurden, weil sie schon zehn Jahre in Basel gelebt und gearbeitet haben. So fürchten sie, einmal nicht mehr arbeitsfähig, mit einer AHV von vielleicht 200 Franken da zu stehen. Alfonso* sagt dazu: «Ich habe Angst, wenn ich nicht mehr arbeiten kann – ich bin jetzt 69 Jahre alt – dass ich dann nicht nachweisen

kann, wovon ich lebe, und dass ich dann ausgewiesen werde.»

Das Plus

Die Befragung zeigt es deutlich: eine Regularisierung löst leider in den meisten Fällen nicht alle Probleme – die Arbeitssituation und die Existenzsicherung bleiben schwierig. Der Gewinn durch die Aufenthaltsbewilligung ist aber doch existenziell: Welch eine Entspannung, keine Angst mehr haben zu müssen, wenn ein Polizist an der Ecke steht! Sich nicht mehr jeden Ausgang, jedes Stehenbleiben auf der Strasse zu versagen, weil es auffällig sein könnte! Endlich die Möglichkeit zu reisen zurückzuhaben! Das Land der Jugend – für einzelne noch immer die

Heimat – wieder besuchen zu können, die zurückgebliebenen Familien, manchmal auch eigene Kinder wiederzusehen! Langsam erst weicht auch die Erschöpfung ob des behördlichen Hürdenlaufs, den die Regularisierung kostete.

Die Ernüchterung

Doch es bleibt auch die Ernüchterung festzustellen, dass das Leben hier vor allem aus schwerer Arbeit und Selbsterhaltung besteht. Dazu sagt Ana*, ausgebildete Architektin, in der Schweiz in der Reinigung tätig: «Ich versuche, mich mehr als Teil der Gesellschaft zu fühlen. Aber mir ist das irgendwie geblieben, dass ich mich immer noch minderwertig fühle den Andern gegenüber. Man spürt, dass

es Leute gibt, die nicht gerne Ausländer haben.» Schmerzlich vor allem für die Afrikaner*innen ist auch die Erfahrung von Rassismus, die sie – mehr oder weniger subtil – oft machen.

Für viele scheint die Hilfe und der Einsatz der Anlaufstelle für Sans-Papiers und der IGA und auch von Paten oder Patinnen ausschlaggebend gewesen zu sein, um durchzuhalten und die Regularisierung zu erreichen. Vielfach erhalten sich die Kontakte, denn sie sind für alle Beteiligten bereichernd geworden.

Susy Greuter

Interprofessionelle Gewerkschaft
der ArbeiterInnen (IGA) Basel

*Alle Namen geändert

NACH DER REGULARISIERUNG

«Heute gibt es Möglichkeiten, etwas zu ändern»

Nach fast 20 Jahren als Sans-Papiers in Basel habe ich vor drei Jahren eine Aufenthaltsbewilligung erhalten. Wie hat sich mein Leben seither verändert?

Was die Arbeit betrifft, ist meine Situation eigentlich nicht so anders wie vor der Regularisierung. Ich habe immer noch Geldsorgen. Der Unterschied ist, dass es heute mit der Bewilligung immerhin Möglichkeiten gibt, etwas zu ändern. Vorher gab es keine Perspektive auf Veränderung. Für das Lebensgefühl ist das ein sehr grosser Unterschied.

Mit der Bewilligung kann ich jetzt zum Beispiel einen richtigen Deutschkurs machen und mit Zertifikat abschliessen. Und auch eine Ausbildung ist jetzt möglich. Ich besuche momentan den Pflegehilfekurs des Roten Kreuzes. Der Kurs gefällt mir gut und macht mich zuversichtlich, dass ich nicht bis ins hohe Alter weiter putzen muss. Mit 53 Jahren bin ich nicht mehr die Jüngste.

Ein grosser Unterschied ist auch, dass ich nicht mehr so angespannt bin. Das merke ich auch im Körper. Und ich kann mich frei bewegen, zum Beispiel mit Freundinnen am Sonntag nach Deutschland ins Kino gehen.

Nach der Regularisierung kamen auch viele bürokratische Fragen. Ich bin sehr froh um die Hilfe bei der Anlaufstelle für

Sans-Papiers und bei der IGA. Sie unterstützen mich rund um Arbeitsverträge, RAV, Bewerbungen und Weiterbildung. Ehrlich gesagt weiss ich nicht, was ich ohne meine Beraterin bei der IGA tun würde. Aber es ist mir auch unangenehm, dass ich immer so viele Fragen habe. Es ärgert mich, dass ich nach all den Jahren noch nicht ganz selbständig bin.

Seit ich beim RAV bin, habe ich zusätzliche bürokratische Probleme. Wenn man viele kleine Jobs bei vielen verschiedenen Arbeitgebern hat, muss man jedes Einkommen melden und jeden Monat ein Formular einreichen. Aber meine Arbeitgeberinnen in den Privathaushalten füllen das Formular nur widerwillig aus. Ich sehe, wie sie manchmal die Augen verdrehen. Manche muss ich drei, vier Mal daran erinnern. Das ist unangenehm, aber es ist nötig, weil ich sonst das Arbeitslosengeld nicht bekommen.

An manchen Tagen denke ich, ich sollte doch viel weiter sein. Es tut mir weh, dass ich meine Mutter enttäuscht habe.

«Ich lasse nicht alles auf mir sitzen.»



Meire M., ausgebildete Primarlehrerin, lebt seit über 20 Jahren in Basel.

Bei der Regularisierung versprach ich ihr, dass ich sie nun jedes Jahr in Brasilien besuchen werde. Doch das war bisher erst einmal möglich. Der Flug nach Brasilien ist teuer.

Das Hauptproblem ist aus meiner Sicht, dass wir Sans-Papiers durch unsere jahrelange Arbeit in den Privathaushalten nicht vorbereitet sind für den normalen Arbeits-

markt. Ich weiss zum Beispiel nicht, wie man ein Bewerbungsgespräch führt. Wie präsentiere ich mich? Was kann ich verlangen? In diesen Dingen bin ich unsicher.

Ich dachte, mit einer Bewilligung werde ich eine sichere und feste Stelle finden und zur Ruhe kommen. Leider ist es nicht ganz so einfach, wie ich es mir gewünscht hätte. Bisher habe ich immer nur befristete Jobs oder kleine Pensen gefunden. Eine längerfristige Stelle in der Küche in einem Café habe ich wieder verloren, weil das Café verkauft wurde. Seither putze ich wieder – aktuell jeden Morgen von sechs bis acht Uhr in den Büros einer Pharmafirma.

Basel ist mein Zuhause. Seit ich die Bewilligung habe, fühle ich mich besser, aber immer noch als Ausländerin. Der Rassismus ist nicht so direkt, meistens ist er versteckt.

Am Schlimmsten ist es in den grossen Reinigungsfirmen. Wir sind viele Frauen, alles Ausländerinnen, viele sprechen wenig Deutsch. Die Diskriminierung liegt in der Art, wie man mit uns Putzfrauen umgeht. Zum Beispiel, dass der Chef uns einfach duzt – das ist doch nicht normal, oder?

Einmal habe ich erlebt, wie der Chef eine Kollegin bei der Arbeit kritisierte, aber sie hat ihn nicht verstanden. Ich habe angeboten zu übersetzen. Daraufhin

meinte er, ich könne ihr gern ausrichten, sie solle endlich einen Deutschkurs besuchen.

Solche Situationen machen mich sehr wütend. Die meisten wehren sich nicht, weil sie Angst haben, ihren Job zu verlieren. Als ich einmal beim Chef ein Anliegen vorgebracht habe, zeigte er auf einen Stapel auf seinem Schreibtisch: «Das sind 100 Bewerbungen. Wenn es dir nicht passt, dort ist die Tür.»

Es macht mich wütend, dass wir Putzfrauen weniger Respekt erhalten als andere Berufe.

Unsere Gesundheit ist offenbar egal. Zum Beispiel diesen Sommer, als es so heiss war und wir bei der Arbeit keine Wasserflaschen bei uns tragen durften. Und auch unsere Privatsphäre wird nicht respektiert: Es gibt keine richtige Garderobe, wir müssen uns in einem engen Raum umziehen ohne Schutz vor den Blicken der männlichen Kollegen.

Aber ich lasse nicht alles auf mir sitzen. Ich frage immer die Kolleginnen: «Findest du das normal?» Und so konnten wir uns gemeinsam auch schon erfolgreich durchsetzen. Zumindest die Regel mit den Wasserflaschen wurde geändert, wir dürfen jetzt Wasser trinken wann und wo und wie viel wir wollen.

Meire M.

Aufgezeichnet von Barbara Hauenstein

AUS DER ANLAUFSTELLE

Fragen, die nicht im Jurastudium vorkommen

Seit gut acht Monaten arbeite ich nun bei der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel und bin verantwortlich für die Rechtsberatung. Die Geschichten, die täglich an mich herangetragen werden, sind enorm ergreifend und gleichsam motivierend. Ich schätze es sehr, in einem so spannenden und engagierten Umfeld tätig sein zu dürfen. Bis heute war es mir an keinem Tag langweilig, denn mein Arbeitsfeld ist sehr abwechslungsreich, so dass die Zeit wie im Fluge vergeht. Ich sehe mich täglich vor neue Herausforderungen gestellt, da es sich oft um Rechtsfragen handelt, die in keinem Jurastudium behandelt werden. Durch meinen vertieften Einblick in die Arbeit der Anlaufstelle sehe ich, wie wichtig das Engagement für und mit Sans-Papiers ist und freue mich, gemeinsam mit den Sans-Papiers für eine solidarische und offene Gesellschaft zu kämpfen.

Eva Schürmann



Eva am diesjährigen Lauf gegen Grenzen.

Der Kampf um Regularisierung geht weiter

Die Sans-Papiers, die vor einem Jahr anonyme Gesuche beim Migrationsamt eingereicht haben, haben im April 2019 ihre Masken fallen gelassen und namentliche Gesuche eingereicht. Die Antworten stehen noch aus, aber die Aussichten sind positiv. Die Sans-Papiers-Kollektive verfolgen die Verfahren aufmerksam und haben eine Arbeitsgruppe zum Thema Regularisierung gegründet. Der Kampf um Papiere bleibt aktuell.

Zudem warten wir weiter auf den Entscheid des Appellationsgerichts betreffend den Strafverfahren gegen die regularisierten Sans-Papiers. Sie waren nach der Regularisierung wegen illegalen Aufenthalts gebüsst worden. Wir bleiben optimistisch, dass das Appellationsgericht das entlastende Urteil des Strafgerichts bestätigt und die Sans-Papiers letztlich straffrei ausgehen.

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel

Zeitung der Anlaufstelle für Sans-Papiers

Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel
Gewerkschaftshaus, Rebgrasse 1, 4058 Basel
basel@sans-papiers.ch / www.sans-papiers.ch
Tel. 061 681 56 10 / Fax. 061 683 04 22

IBAN: CH10 0900 0000 4032 7601 1 / Postkonto: 40-327601-1

Offene Sprechstunde ohne Anmeldung: Di 14-18 Uhr

Redaktion: Barbara Hauenstein & David Rinderknecht

Druck: Rumzeis, Basel

Trägerorganisationen

Basels starke Alternative! (BastA!)
Basler Gewerkschaftsbund (BGB)
Comité européen pour la défense des réfugiés et immigrés (C.E.D.R.I)
Demokratische Juristinnen und Juristen Basel
Europäisches BürgerInnenforum (EBF)
Frauen für den Frieden Region Basel
Gewerkschaftsbund Baselland (GBBL)
Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen (IGA)
Solidaritätsnetz Region Basel
Unia Aargau-Nordwestschweiz
VPOD Region Basel